

Mattes, Bernhard et al.

Article

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2019

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mattes, Bernhard et al. (2019) : Die Erwartungen der Wirtschaft für 2019, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 99, Iss. 1, pp. 7-24, <https://doi.org/10.1007/s10273-019-2389-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/213702>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2019

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einer der längsten Aufschwungsphasen der Nachkriegszeit. Der Sachverständigenrat für Wirtschaft hat für 2018 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % und für 2019 von 1,5 % prognostiziert. Alle Wirtschaftsbereiche profitierten von der guten wirtschaftlichen Lage. Probleme hatte aber die Automobilindustrie. Sie steht vor tiefgreifenden Veränderungen und wird sowohl vom Brexit, als auch von der US-Handelspolitik am stärksten beeinträchtigt. Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche wünschen sich von der Bundesregierung niedrigere Steuern, Investitionen in die digitale Infrastruktur sowie höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Bernhard Mattes

Deutsche Automobilindustrie treibt die Mobilität der Zukunft voran

Die deutsche Automobilindustrie gestaltet einen Transformationsprozess, der das Automobil, die Mobilität und damit auch die Branche selbst verändern wird. Wir sind davon überzeugt, dass wir diese Aufgaben meistern werden. Unsere Unternehmen treiben die Elektromobilität ebenso entschlossen voran wie die Digitalisierung und das vernetzte und automatisierte Fahren. Als innovativste Automobilindustrie mit den weltweit höchsten Forschungsinvestitionen stehen wir auf der Pole-Position. Wir sind gerüstet für die Mobilität der Zukunft. Um in diesem Langstreckenrennen erfolgreich zu sein, müssen aber auch die politischen Leitplanken passend gesetzt sein.

CO₂-Regulierung fordert zu viel und fördert zu wenig

Bereits das CO₂-Ziel der EU für 2020/2021 ist sehr ambitioniert – und weltweit das anspruchsvollste, verglichen mit China, Japan oder den USA. Vertreter der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des europäischen Rates haben sich in den sogenannten Trilog-Verhandlungen auf einen gemeinsamen Vorschlag für die CO₂-Regulierung für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge für die Zeit nach 2021 geeinigt. Demzufolge sollen die Pkw-Hersteller den CO₂-Ausstoß ihrer Neuwagenflotte in der EU bis 2030 um 37,5 % senken. Für leichte Nutzfahrzeuge werden 31 % verlangt. Bis 2025 soll sowohl für Pkw als auch für Transporter ein verbindliches Zwischenziel mit einer Reduktionsvorgabe von 15 % gelten. Das Trilog-Ergebnis setzt scharfe Ziele und schafft zu wenig Impulse für neue Technologien: Diese Regulierung fordert zu viel und fördert zu wenig. Niemand weiß heute, wie die beschlos-

senen Grenzwerte in der vorgegebenen Zeit erreicht werden können. Noch kritischer sehen wir die Vorschläge des EU-Parlaments zur CO₂-Reduktion bei schweren Nutzfahrzeugen. Der EU-Umweltministerrat fordert eine Reduzierung von 15 % bis 2025 und von 30 % bis 2030. Diese Zielgrößen sind technologisch und wirtschaftlich in der vorgegebenen Zeit nicht umsetzbar. Wegen der unverhältnismäßig hohen Strafandrohung von 5000 Euro für jedes überschrittene Gramm CO₂ können diese Vorgaben für einzelne Nutzfahrzeughersteller sogar zur Existenzbedrohung werden.

Starke Marktposition bei Elektromobilität

Wie sehr der Markt für E-Fahrzeuge Fahrt aufnimmt, hängt von vielen Faktoren ab: Batteriekosten, Ladeinfrastruktur, Kraftstoffpreise, öffentliche Beschaffung. Die deutsche Automobilindustrie geht massiv in Vorleistung: Sie verdreifacht in den kommenden drei Jahren ihr Angebot an E-Modellen auf 100, sie investiert bis dahin 40 Mrd. Euro in alternative Antriebe und sie ist Spitzenreiter bei alternativen Antriebstechnologien: Weltweit kommt jedes dritte Patent im Bereich Elektromobilität und Hybridantrieb aus Deutschland.

Wir haben bei der Elektromobilität eine starke Marktposition: Der Marktanteil deutscher Konzernmarken bei Elektro-Pkw in Deutschland liegt bei 65 %. In der EU haben wir einen E-Marktanteil von rund 50 %. Doch innovative Produkte allein genügen nicht – auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Wir treiben den Hochlauf der Elektromobilität voran. Aber wir dürfen die Debatte nicht auf ein Entweder-oder verkürzen. Der Verbrennungsmotor wird noch lange gebraucht. Auch die Option von klimaneutralen Kraftstoffen (E-Fuels) sollten wir nutzen, sie wirken auf den gesamten Fahrzeugbestand. Denn die individuelle Mobilität nimmt weiter zu. Eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt kommt zu dem Ergebnis: Im Jahr 2040 werden Pkw in Deutschland nicht weniger Kilometer zurücklegen, sondern mit 700 Mrd. Kilometern 11 % mehr als im Jahr 2010. Im Bestand werden zwar noch etliche Autos einen Verbrennungsmotor – meist als Hybrid oder Plug-in-Hybrid – haben, allerdings wird bei den Neuzulassungen der rein-batterieelektrische Antrieb immer dominierender.

Digitalisierung, vernetztes, automatisiertes und autonomes Fahren

Wir sind davon überzeugt: Die Zukunft des Autos ist vor allem elektrisch – und sie ist digital. Die weltweiten Patentanmeldungen zum vernetzten und automatisierten Fahren zeigen: Die deutschen Hersteller und Zulieferer sind dabei sehr erfolgreich, über die Hälfte der weltweiten Patente kommt von ihnen. International ist das Platz 1. Digitalisierung heißt auch: Hersteller und Zulieferer werden zu Dienstleistern, entwickeln neue Mobilitätslösungen: Carsharing, Ride-Pooling, E-Scooter-Sharing, Mobilitätsplattformen und Mobilitäts-Apps sind Beispiele – und nur der Anfang. Wir treiben das vernetzte und automatisierte Fahren voran. Dazu brauchen wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur – also flächendeckendes 4G und 5G entlang der Landes- und Bundesstraßen, der Autobahnen sowie in Industrieregionen.

Saubere Luft in Städten und individuelle Mobilität

Deutsche Hersteller haben kürzlich zusätzliche Maßnahmen für saubere Luft zugesagt. Sie sehen Hardwarenachrüstungen zwar nach wie vor kritisch, aber sind dennoch bereit, sich finanziell zu beteiligen. Wir sind allerdings davon überzeugt, dass eine rasche Bestandserneuerung das bei weitem effektivste Mittel ist, um die Luft in den betroffenen Städten noch sauberer zu machen.

Mit modernsten Diesel-Pkw wird die Stickoxidfrage beantwortet. Sie haben auch auf der Straße sehr geringe NO₂-Emissionen. Die Euro-6d-temp-Norm gilt erst ab September 2019 für alle Pkw-Neuzulassungen. Aber schon heute gibt es über 1200 Modelle (Benziner und Diesel) auf dem Markt, davon kommen über 700 von deutschen Konzernmarken. Derzeit sind bereits gut zwei Drittel aller Pkw-Neuzulassungen Euro-6d-temp-Fahrzeuge. Die Marktdurchdringung mit neuesten, sauberen Pkw

kommt also zügig voran. Wir sind auf der Zielgeraden bei der Lösung des Problems.

Industriepolitik – für freien und fairen Handel

Die Auswirkungen des Brexits sind schon jetzt spürbar. Im vergangenen Jahr ging der deutsche Pkw-Export nach Großbritannien zweistellig zurück. Jedem muss klar sein: Vom Brexit profitiert keiner, er trifft die Lieferketten der Automobilindustrie unmittelbar. Alles muss versucht werden, um einen „Hard Brexit“ zu vermeiden. Ähnliches gilt für die Handelsbeziehungen mit den USA. Die EU und die USA stehen zusammen für 50 % des Welthandels. Ein WTO-konformes transatlantisches Abkommen zu Industriegütern, das Automobile einschließt, unterstützen wir. Zollabbau und möglichst breite Verständigung im regulatorischen Bereich sind der richtige Weg. Davon profitieren beide Seiten.

Pkw-Weltmarkt – USA, China, Europa

Der Pkw-Weltmarkt spürt den Gegenwind, der durch den Handelskonflikt zwischen den USA und China ausgelöst wurde. So ist der Export deutscher Pkw-Hersteller aus den USA nach China 2018 um ein Drittel zurückgegangen. Der chinesische Pkw-Markt ist rückläufig. Der Pkw-Weltmarkt umfasste im Gesamtjahr 2018 etwa 85 Mio. Fahrzeuge. Das entspricht dem Niveau von 2017. Für 2019 erwarten wir ein leichtes Plus auf 85,9 Mio. Neuwagen (+1 %). Europa wird sein sehr hohes Absatzniveau 2019 wohl halten (15,8 Mio.). Der US-Markt blieb 2018 auf hohem Niveau (17,2 Mio. Light Vehicles). Für 2019 erwarten wir ein ähnlich hohes Volumen. China legte 2018 eine Wachstumspause ein. Ein Zeichen der Stärke ist, dass die deutschen Hersteller, vor allem die Premiummarken, in China ihren Marktanteil gegen den Trend steigern konnten – auf 22 %. 2019 wird der chinesische Markt volatil bleiben. Wir gehen von einem leichten Wachstum auf 24,4 Mio. Einheiten aus (+2 %).

Die deutschen Konzernmarken haben weltweit einen Marktanteil von knapp 20 %, auf dem Welt-Premiummarkt umfasst ihr Marktanteil sogar über 70 %. Der Pkw-Inlandsmarkt hat 2018 rund 3,4 Mio. Neuzulassungen umfasst (-1 %). Das ist angesichts der Verwerfungen, die die Umstellung auf die Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure (WLTP) mit sich gebracht hat, ein außerordentlich gutes Ergebnis. Und es ist umso bemerkenswerter, als 2017 das bislang höchste Neuzulassungsniveau in diesem Jahrzehnt brachte. 2019 dürfte ein ähnlich starkes Jahr werden und über dem Mittel der letzten fünf Jahre liegen. Wir erwarten ein Volumen von knapp 3,4 Mio. Neuzulassungen (-1 %). Der Pkw-Export war 2018 mit 4 Mio. Einheiten um 8 % unter dem Vorjahreswert. Für 2019

rechnen wir mit einem leichten Plus (+2 %) auf 4,1 Mio. exportierte Pkw.

Ausblick für die Automobilindustrie

Wir sehen den Transformationsprozess, der die gesamte Automobilindustrie fordert, vor allem als Chance – für Unternehmen und Bürger: „Zero Emission“ und „Vision Zero“ sind Ziele, die aller Anstrengungen wert sind. Allerdings müssen die hierfür erforderlichen politischen Maßnahmen stets einen technisch-wirtschaftlichen „Check“ durchlaufen, sonst werden aus Chancen Risiken.

Bemerkenswert am Autojahr 2018 war, dass unsere Unternehmen die Beschäftigung weiter gesteigert haben: auf Rekordniveau. Angesichts des schwierigen Umfeldes sollten Politik und Industrie gemeinsam daran arbeiten, die Rahmenbedingungen am Industrie- und Investitionsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken.

Die Entwicklung des deutschen Pkw-Marktes 2018 war erfreulich. Er hat sich allen Widrigkeiten zum Trotz als sehr robust erwiesen. Der Blick auf die internationalen Märkte zeigt jedoch kein wolkenfreies Bild. Wir werden es aller Voraussicht nach auch 2019 mit einem Jahr des Übergangs zu tun haben. Mittel- und langfristig jedoch stehen die Zeichen weiter auf Wachstum. Das stimmt ebenso zuversichtlich wie die Tatsache, dass die deutsche Automobilindustrie in nächster Zeit viele Modelle auf den Markt bringen wird, die neue Maßstäbe bei Emission, Reichweite, Verbrauch und Vernetzung setzen werden.

Autoren des Zeitgesprächs



Bernhard Mattes ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Berlin.



Dieter Babel ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in Berlin.



© VCI / René Spalek

Dr. Utz Tillmann ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) in Frankfurt am Main.



© ZVEI / Frederick Böttcher

Dr. Klaus Mittelbach ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in Frankfurt am Main.



Dr. Ralph Wiechers ist Mitglied der Hauptgeschäftsführung und Chef-Volkswirt des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt am Main.



Stefan Genth ist Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE) in Berlin.



Dr. Klaus Wiener ist Geschäftsführer Unternehmenssteuerung und Regulierung beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin.

Dieter Babel

Bauwirtschaft erwartet nach erfolgreichen Jahren weiteren Zuwachs

Die Unternehmen des deutschen Bauhauptgewerbes verzeichneten 2018 ein weiteres äußerst erfolgreiches Jahr. Trotz schwieriger Witterungsbedingungen im ersten Quartal, die die Bautätigkeit teilweise lahmlegten, haben die Unternehmen des Bauhauptgewerbes 2018 ein nominales Umsatzplus von 7 % bis 8 % erwirtschaftet. Obwohl die Preise für Leistungen des Bauhauptgewerbes – wegen der deutlichen Nachfragesteigerung – um rund 5 % stiegen, lag die reale Zunahme der Bauproduktion bei 2 % bis 3 %. Seit 2012 verzeichnete das Bauhauptgewerbe damit ein preisbereinigtes Wachstum von knapp 15 %. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 11 % wurde deutlich übertroffen. Nach langen Jahren der Krise ist die Bauwirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung eine starke gesamtwirtschaftliche Stütze.

Parallel zur Produktionssteigerung haben die Firmen des Bauhauptgewerbes die Zahl an Mitarbeitern deutlich erhöht. 2018 lag im Jahresdurchschnitt die Zahl der Beschäftigten mit 832 000 gut 3 % höher als ein Jahr zuvor. Verglichen mit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 18 %. Die Baubranche hatte damit einen wichtigen Anteil am Abbau der Arbeitslosigkeit und dem starken Aufbau der Beschäftigung in Deutschland.

Bau trotz konjunktureller Abkühlung

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie geht davon aus, dass sich das Wachstum der Bautätigkeit im neuen Jahr auf hohem Niveau fortsetzen wird. Dafür sprechen die folgenden Faktoren:

- Das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe erreichte im Dezember 2018 den höchsten je gemessenen Jahresendwert.
- Die (Hoch-)Baugenehmigungen im Neubau (veranschlagte Baukosten) lagen in den ersten zehn Monaten 2018 um 10 % über dem Vorjahreswert.
- Der Auftragseingang legte von Januar bis Oktober 2018 gegenüber dem bereits hohen Vorjahresniveau nochmals um knapp 10 % zu.
- Trotz der stark gestiegenen Bauproduktion erreichte der Auftragsbestand in der Branche ein neues Rekordniveau. Ende September 2018 lag er bei nahezu 48 Mrd. Euro und damit um 14 % höher als ein Jahr zuvor.

Wohnungsbau

Im Wohnungsbau entwickelten sich die Genehmigungen nur schwach. Für Wohnungen in neuen Wohngebäuden lag die Zahl in den ersten zehn Monaten 2018 nur um 2 % höher als ein Jahr zuvor. Dies dürfte auch damit zu tun haben, dass sowohl private Eigenheimbauer als auch gewerbliche Investoren die Entscheidungen der Bundesregierung zu möglichen Fördermaßnahmen abwarten wollten. Allerdings sind von 2009 bis 2017 nahezu eine halbe Million Wohnungen mehr genehmigt als fertiggestellt worden. Dieser Überhang deckt mehr als eineinhalb Jahresproduktionen ab.

Im Gegensatz dazu legte der Auftragseingang von Januar bis Oktober 2018 genauso stark zu wie die gesamte Bautätigkeit, der Auftragsbestand erreichte Ende September mit 8,7 Mrd. Euro ein neues Allzeithoch. 2018 dürften etwa 300 000 Wohnungen fertiggestellt worden sein, für 2019 rechnen wir mit 320 000 Einheiten. Damit wird aber die politische Zielvorgabe weiter deutlich verfehlt. Als Reaktion auf die nicht ausreichende Wohnungsversorgung kam es im September zum Wohnungsgipfel im Kanzleramt, auf dem auch Fördermaßnahmen beschlossen wurden. Die aus unserer Sicht wichtigsten sind:

- Baukindergeld: Der Staat unterstützt Familien beim Bau oder Kauf einer selbstgenutzten Wohnung mit bis zu 12 000 Euro pro Kind über einen Zeitraum von zehn Jahren.
- Sonder-AfA (Absetzung für Abnutzung): Zusätzlich zur linearen AfA von 2 % können weitere 5 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben werden.

Die Bewertung der Fördermaßnahmen fällt aus Sicht der Bauindustrie zwiespältig aus. Das Baukindergeld kann vor allem Familien im ländlichen Raum den Weg in das Wohneigentum ermöglichen. In den Ballungsgebieten dürfte sich die Wirkung allerdings – vor allem wegen der hohen Baulandpreise – in Grenzen halten. Für nicht zielführend halten wir die Sonder-AfA, die bereits Ende 2021 wieder abgeschafft wird. Stattdessen fordern wir, die geltende lineare AfA von 2 % auf 3 % zu erhöhen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Subvention, sondern um eine Anpassung der Abschreibungsfristen an die tatsächliche Nutzungsdauer, vor allem bei der immer komplexeren Haustechnik.

Die Bauwirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zur Lösung der drängenden Wohnungsnot zu leisten. Wir wollen in der Wohnungsbauproduktion neue Wege gehen und setzen künftig stärker auf das serielle Bauen. Nur so werden wir die notwendige Zahl von Mietwohnungen in kurzer Zeit zu bezahlbaren Preisen und in der gewünschten Qualität realisieren können.

Wirtschaftsbau

Im Wirtschaftsbau standen im vergangenen Jahr alle Ampeln auf Grün. Die Baugenehmigungen (veranschlagte Baukosten) legten von Januar bis Oktober 2018 um 15 % zu, die Auftragseingänge, die auch den Wirtschaftstiefbau umfassen, um 14 %. Der Auftragsbestand lag Ende September mit 20 Mrd. Euro ebenfalls auf einem Allzeithoch. Es scheint, als könne der Bau für gewerbliche Auftraggeber den eingetrübten Konjunkturaussichten trotzen. Die deutsche Bauwirtschaft wäre erst dann betroffen, wenn Industrieunternehmen aufgrund verschlechterter Absatzerwartungen im Ausland ihre Investitionen im Inland zurückfahren würden. Dafür gibt es aber bisher noch keine Anzeichen. In der Herbstumfrage 2018 des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) lag der Saldo der Investitionsabsichten (höhere abzüglich niedrigerer Investitionen) der Industrieunternehmen mit plus 22 nur minimal unter dem Wert aus dem Herbst 2017.

Zudem sind die Dienstleister in Deutschland schon seit Jahren für die Bauwirtschaft die wichtigste Auftraggebergruppe geworden. Ihre Bauinvestitionen lagen 2017 bei 43 Mrd. Euro, die des Verarbeitenden Gewerbes „nur“ bei 8 Mrd. Euro. Die Dienstleister profitieren auch weiterhin von der stabilen Inlandsnachfrage. So sind von Januar bis Oktober 2018 die Baugenehmigungen für Handels- und Lagergebäude um 8 % und für Büro- und Verwaltungsgebäude sowie sonstige gewerbliche Betriebsgebäude um jeweils ein Drittel gestiegen.

Im Wirtschaftstiefbau setzen wir auch im neuen Jahr weiterhin auf die Investitionstätigkeit der Deutsche Bahn AG. Der Bund hat seine Investitionszuschüsse in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und wird sowohl 2018 als auch 2019 für die Eisenbahnen des Bundes rund 5,6 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Gleichzeitig treibt die DB AG die Modernisierung ihrer Bahnhöfe voran: hierfür sollen 2019 gut 1 Mrd. Euro zur Verfügung stehen.

Öffentlicher Bau

Nach langen Jahren der Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand zeigt sich wieder ein deutliches Wachstum der Bautätigkeit. Von 2013 bis 2017 legten

die öffentlichen Bauinvestitionen um nahezu 6 Mrd. Euro zu. Vorreiter war der Bund, der in diesem Zeitraum die Investitionen bzw. Investitionszuschüsse in die Bundesverkehrswege von 10,3 auf 13,3 Mrd. Euro gesteigert hat. Für 2018 und 2019 ist eine weitere Zunahme der Investitionen um 1 Mrd. Euro bzw. 250 Mio. Euro in die Haushalte eingestellt.

Aber auch die Länder haben von 2013 bis 2017 ihre Ausgaben für Baumaßnahmen um 2 Mrd. Euro ausgeweitet. Neben dem Bedarf – vor allem für Schulen und Hochschulen – dürfte dies auch auf die deutlich verbesserte Finanzlage zurückzuführen sein. Wiesen die Bundesländer 2013 noch ausgeglichene Haushalte auf, erwirtschafteten sie 2017 einen Finanzierungsüberschuss von 10 Mrd. Euro. An dieser guten Haushaltssituation wird sich 2018 und 2019 wenig ändern, die Länder haben also genügend Spielraum, ihre Investitionen weiter zu erhöhen.

Sorgenkind bleiben allerdings die Kommunen mit einem Anteil an den staatlichen Bauinvestitionen von gut 50 %. Zwar haben auch diese in den vergangenen Jahren ihre Investitionen in Bauten ausgeweitet, allerdings lagen die Nettoinvestitionen 2017 mit 7 Mrd. Euro deutlich im roten Bereich. Dies bedeutet: Die Infrastruktur wird auf Verschleiß betrieben, die Klagen über marode Straßen und Schulgebäude sind bundesweit zu hören. Aber auch auf kommunaler Ebene ist zumindest partiell Abhilfe in Sicht. Der Anteil der Kommunen, deren Finanzlage ihnen eine steigende Investitionstätigkeit erlaubt, nimmt konstant zu. So erwartete der Städtetag für das vergangene Jahr einen Ausgabezuwachs bei den Baumaßnahmen von 8 %, 2019 sollen es sogar 8,1 % sein. Der Auftragseingang in dieser Sparte stieg von Januar bis Oktober 2018 um gut 5 %.

Über alle Sparten hinweg gehen wir davon aus, dass der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe 2019 nominal um gut 6 % zunehmen wird, real bedeutet dies ein Wachstum von 1 % bis 1,5 %. Dies ist das siebte aufeinanderfolgende Jahr mit einem realen Wachstum.

Kapazitäten in der Baubranche

Seit einigen Monaten wird die Baubranche verstärkt mit dem Vorwurf konfrontiert, wir würden unserer Kapazitäten nicht energisch genug ausweiten. Zwar ist es richtig, dass es auf einigen lokalen Märkten oder in einzelnen Spezialgewerken bereits zu Kapazitätsengpässen gekommen ist. Dies gilt aber beileibe nicht für die ganze Branche. Zudem haben wir bereits seit einigen Jahren unsere Kapazitäten deutlich erhöht:

- Seit dem Tiefpunkt 2009 haben wir die Beschäftigung in der Branche bis 2018 um 127 000 Erwerbstätige ausgeweitet (plus 18 %). Dabei haben die Firmen vor allem auf den europäischen Bauarbeitsmarkt zurückgegriffen. Der Anteil von Ausländern an den Belegschaften stieg im gleichen Zeitraum von 7,5 % auf 17 %.
- 2017 haben wir – gegen den allgemeinen Trend – die Zahl der Auszubildenden im 1. Lehrjahr um 7,6 % erhöhen können. 2018 lag die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge per September um 8,6 % über dem Vorjahreswert.
- Die Zahl der Absolventen des Studienganges Bauingenieurwesen hat sich von 2008 bis 2017 auf nahezu 11 000 mehr als verdoppelt.

- Von 2009 bis 2017 hat das Baugewerbe seine Investitionen in Maschinen von 4 Mrd. Euro auf 8 Mrd. Euro verdoppelt.

Zudem gehen wir davon aus, dass es uns 2019 gelingen wird, die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um weitere 18 000 auf 850 000 zu erhöhen. Angesichts des leergefegten deutschen Arbeitsmarktes für Facharbeiter werden wir uns weiterhin auf dem europäischen Bauarbeitsmarkt bedienen müssen.

Auch die Maschinenkapazitäten werden weiter erhöht. In der DIHK-Herbstumfrage 2018 erreichte der Anteil der Baufirmen, die ihre Investitionen im neuen Jahr ausweiten wollen, den höchsten Wert der vergangenen 20 Jahre. Damit wird das Bauhauptgewerbe seine Handlungsfähigkeit auch im neuen Jahr unter Beweis stellen.

Utz Tillmann

Chemieindustrie: gutes Jahr 2018, aber verhaltener Ausblick

Das vergangene Jahr ist für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland gut verlaufen. Der Branchenumsatz erhöhte sich 2018 um 4,5 % auf 204 Mrd. Euro und überstieg damit erstmals die 200-Milliarden-Euro-Schwelle. Die Produktion wuchs im Jahresvergleich um 2,5 %, während die Chemikalienpreise um 2 % zulegten. Die Produktionsanlagen der Chemie waren mit durchschnittlich 84 % gut ausgelastet. Die Zahl der Mitarbeiter in der Branche stieg auf 462 000 (+2,0 %) und damit auf einen neuen Höchststand.

Trotzdem ist die konjunkturelle Lage getrübt. Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich zum Jahresende abgekühlt. Rechnet man die boomende Pharmasperte heraus, konnte die Branche ihren Vorjahreswert mengenmäßig nicht mehr erreichen. Die Dynamik der Chemiekonjunktur flachte im Jahresverlauf stärker ab, als der Verband der Chemischen Industrie (VCI) das noch zur Halbzeitbilanz erwartet hatte. Verantwortlich dafür waren Faktoren, die sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite belasteten.

Im ersten Halbjahr 2018 hatte die Branche noch von mehreren Entwicklungen profitiert: Die Produktion der Industriekunden in Deutschland war gestiegen. Gleiches galt für die europäischen Nachbarländer. Im Überseegeschäft wurde die Entwicklung der Chemieunternehmen

von einer robusten Nachfrage aus China, einer Belebung der US-Wirtschaft und einer Stabilisierung in Brasilien, Russland und anderen Schwellenländern getragen. Im zweiten Halbjahr schwächte sich die Konjunktur dann deutlich ab. Das hängt unter anderem mit mehreren anhaltenden politischen Herausforderungen zusammen. Dazu gehören der Handelskonflikt zwischen den USA und China und die Unsicherheiten über den Brexit.

Hinzu kam, dass einige chemieintensive Kundenbranchen, wie die Kunststoffverarbeiter und die Papier- und Druckindustrie, im zweiten Halbjahr ihre Produktion verringerten. In der Folge bestellten sie weniger Chemikalien. Einen besonders deutlichen Rückgang der Ordereingänge gab es im Geschäft mit Kunden aus der Automobilbranche. Ab August standen in der Fahrzeugindustrie wegen fehlender Kapazitäten zum neuen Abgasprüfverfahren die Fertigungsstraßen vorübergehend still. Auch das trockene Wetter spielte eine Rolle: Der niedrige Wasserstand auf dem Rhein erwies sich als wachsendes Problem. Für viele Chemieunternehmen entlang der Rheinschiene erschwerte das Niedrigwasser die Anlieferung von Vorprodukten oder den Abtransport von Fertigwaren.

Insofern verwundert es nicht, dass weite Teile der Chemie im Gesamtjahr 2018 Produktionsrückgänge verzeichneten. Die Basischemie konnte das hohe Niveau

des Vorjahres nicht halten. Die Produktion von anorganischen Grundstoffen sank um 2,5 %. Auch die Polymerproduktion, zu der neben Kunststoffen auch Chemiefasern zählen, und die Petrochemie mussten ihre Produktion drosseln – jeweils um 2,0 %.

Die Ausweitung der Industrieproduktion in Deutschland und Europa belebte hingegen das Geschäft mit Fein- und Spezialchemikalien. Hier stieg die Produktion im Jahresverlauf über den guten Vorjahreswert und erreichte ein Plus von 1,5 %.

Obwohl sich die Konsumenten weiterhin in Kauflaune zeigten, konnten die Hersteller von Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln oder Kosmetika hiervon nicht profitieren. Nach dem starken Vorjahr mit einem Plus von 4,5 % mussten sie ihre Produktion 2018 um 3 % zurückfahren. Die Pharmaproduktion boomte hingegen. Hohe Wachstumsraten bei einigen Anwendungsfeldern, wie beispielsweise neuen Krebstherapien, verhalfen der Sparte zu einem starken Produktionsplus in Höhe von 11,5 %.

Perspektiven der Chemieindustrie für 2019

Die Chemiekonjunktur hat im Jahresverlauf 2018 an Dynamik eingebüßt. Entsprechend zurückhaltend sind die Geschäftserwartungen. In den Unternehmen überwiegt zwar die Hoffnung, dass mit einer Normalisierung des Wasserstands auf dem Rhein und der Wiederinbetriebnahme der abgestellten Anlagen die Produktion wieder hochgefahren werden kann. Wenn die Automobilindustrie die Herausforderungen bei den Zulassungen in den Griff bekommt, dürfte auch die Nachfrage seitens der Fahrzeughersteller und ihrer Vorlieferanten aus der Metall- und Elektroindustrie wieder anziehen. Diese Belebung wird aber nur verhalten ausfallen und voraussichtlich von kurzer Dauer sein. Der Aufschwung in Deutschland nähert sich seinem Ende. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum dürfte sich 2019 weiter abschwächen.

Dennoch halten wir dieses Jahr ein bescheidenes Wachstum im Chemiegeschäft für erreichbar. Wenn größere Rückschläge ausbleiben, kann die Branche ihre Produktion 2019 voraussichtlich um 1,5 % steigern. Chemieprodukte verteuern sich um 1,0 %. Der Branchenumsatz sollte dabei um 2,5 % zulegen.

Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Wegen der schwächer werdenden Wachstumsdynamik ist es wichtig, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemieindustrie im Blick zu behalten. Was erwarten wir in dieser Situation von der Politik? Deutschland muss seine Hausaufgaben in der Industrie-

politik machen. Es bedarf gezielter Unterstützung in vier zentralen Handlungsfeldern:

- Die Bundesregierung muss Innovationen und Investitionen in Forschung und Entwicklung gezielt fördern und unterstützen.
- Weiterhin ist die stabile und kostengünstige Versorgung mit Energie für die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie von entscheidender Bedeutung.
- Außerdem sollten Spielräume für eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung konsequent genutzt werden, vor allem deshalb, weil viele unserer internationalen Wettbewerber in einem Umfeld mit deutlich niedrigeren Steuerquoten angesiedelt sind.
- Und schließlich braucht die Branche ebenso wie die Industrie als Ganzes eine zukunftsfähige Infrastruktur. Das gilt für die Verkehrswege und für die Stromnetze. Insbesondere aber für die digitale Infrastruktur, zu der auch die flächendeckende Versorgung mit 5G gehört.

Zunehmende Risiken im Welthandel

Zum Jahresbeginn 2019 sieht sich die chemisch-pharmazeutische Industrie auch mit zahlreichen handelspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Das ist deshalb so bedeutend, weil die Branche stark mit der Weltwirtschaft vernetzt ist. Die Unternehmen beliefern Kunden auf der ganzen Welt, produzieren weltweit, kaufen global ein und kooperieren international mit Partnern. Die Chemie profitiert davon, wenn es der Weltwirtschaft gut geht, die Schwellenländer weiter wachsen und die Globalisierung voranschreitet.

In Europa diskutieren wir aber immer noch über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU. Durch den Brexit sind in unserem Heimatmarkt Europa komplexe Wertschöpfungsketten bedroht. Auch sonst sind die internationalen Herausforderungen seit 2016 deutlich gewachsen. Die Handelsordnung, in der die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie ihre Erfolge erzielt, ist in Gefahr.

Einerseits nimmt die Bedeutung Chinas für die Weltwirtschaft immer weiter zu. Dabei spielt das Land zunehmend nach eigenen Regeln und versucht, seine geopolitische und technologische Position durch die „neue Seidenstraße“ und „Made in China 2025“ zu stärken. Hier muss die EU ressortübergreifend strategische Antworten finden, um ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. China ist für Europa als Partner sehr

wichtig. Kooperation darf daher nicht durch Konfrontation ersetzt werden. Die EU muss China immer wieder an das Versprechen von Davos 2017 erinnern, sich weiter zu öffnen und die internationalen Handelsregeln der Welthandelsorganisation (WTO) zu achten und weiterzuentwickeln.

Andererseits setzen die USA verstärkt auf Alleingänge, Drohungen und Abschottung. Von Zusatzzöllen ist unsere Branche bislang nicht direkt bedroht. Doch die Ankündigung der USA, mit Zöllen gegen Autos und Autoteile aus der EU vorzugehen, belastet weiterhin den Ausblick. Schließlich wäre mit der Automobilindustrie der größte Abnehmer von Chemieprodukten betroffen. Auch von den Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen den USA und China sind unsere global agierenden Mitgliedsunternehmen betroffen. Der Konflikt belastet die Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft. Immerhin hat der G20-Gipfel in Argentinien Ende des vergangenen Jahres eine Atempause im US-chinesischen Handelsstreit gebracht.

Unterdessen gerät die WTO aufgrund der fehlenden Reformwilligkeit ihrer Mitglieder in Gefahr, als Rahmen des regelgebundenen Welthandels zu zerbrechen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer blockieren Liberalisierungsbemühungen. Den USA gehen die Kompetenzen der WTO bei der Streitschlichtung zu weit. Refor-

men der WTO sind dringend notwendig. Die EU hat im September 2018 Vorschläge zur WTO-Modernisierung vorgelegt. Diese gehen aus Sicht des VCI in die richtige Richtung und erhalten hoffentlich die Unterstützung der übrigen WTO-Mitglieder. Ein Lichtblick ist, dass die G20 einhellig die Absicht ausgesprochen haben, die WTO zu reformieren.

Auf die schwierige handelspolitische Weltlage brauchen wir eine gute und vor allem europäische Antwort. Nur ein wirtschaftlich starkes und politisch geeintes Europa wird von den USA und China als Partner auf Augenhöhe in Verhandlungen akzeptiert werden. Und das ist notwendig, denn der US- und der chinesische Markt sind für Europas Industrie außerordentlich wichtig. Die EU braucht eine Strategie in der Industrie- und Handelspolitik, von der alle Mitgliedstaaten profitieren können.

Ob es gelingt, Europa in diese Richtung weiterzuentwickeln, hängt auch von den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 ab. Es ist wichtig, das Bewusstsein bei den Bürgern zu stärken, dass Europa alle angeht und es darauf ankommt, sich an der Wahl zu beteiligen. Hierzu möchte der VCI einen Beitrag leisten, indem er seine Mitglieder zur Teilnahme am Europadialog für Mitarbeiter und Nachbarn der chemisch-pharmazeutischen Industrie aufruft. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, Europa gemeinsam stark zu machen.

Klaus Mittelbach

Deutsche Elektroindustrie: 5G und KI – Abkürzungen, die die Welt verändern

Die deutsche Elektroindustrie hat ihren Wachstumskurs im Jahr 2018 fortsetzen können. Sowohl beim Umsatz als auch beim Export konnten neue Rekordmarken erzielt werden, auch wenn die Steigerungsraten nicht mehr so hoch waren wie im Jahr zuvor. Gleichzeitig setzte sich der Beschäftigungsaufbau – auf hohem Niveau – fort.

Die preisbereinigte Produktion der heimischen Elektronunternehmen erhöhte sich in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahr um knapp 3 %. Die nominalen Erlöse, die auch in Rechnung gestellte Dienstleistungen und Software einschließen, legten ebenfalls um 3 % zu und erreichten 145,1 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten in der Branche ist um weitere 20 000 auf

nunmehr 888 000 und damit den höchsten Stand seit mehr als 22 Jahren gestiegen. Sechs von zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind MINT-Kräfte. Die Ausbildungsquote liegt bei 5 %. Allein 96 000 Beschäftigte arbeiten im Bereich Forschung und Entwicklung. Schließlich erhöhte sich die Zahl der Auslandsbeschäftigten ebenfalls weiter – auf zuletzt 736 000. Damit sind weltweit inzwischen mehr als 1,6 Mio. Menschen für die deutsche Elektroindustrie tätig.

Exporte mit fünftem Rekordjahr in Folge

Die Exporte der deutschen Elektronunternehmen (einschließlich der Re-Exporte) stiegen auch im vergangenen Jahr wieder stärker als Produktion und Umsatz. Aller-

dings lag auch ihr Wachstum nur noch halb so hoch wie 2017. Es war zudem regional nicht mehr so ausgeglichen wie noch im Jahr zuvor. In den ersten drei Quartalen 2018 zogen die Ausfuhren um 5 % gegenüber dem Vorjahr auf 156,2 Mrd. Euro an. China konnte seine Stellung als größter Abnehmer deutscher Elektroerzeugnisse weiter ausbauen. Zwischen Januar und September gingen Exporte von 15,6 Mrd. Euro nach China, 11 % mehr als im Vorjahr. Die USA bleiben an zweiter Position, hier wurden Exporte von 13,1 Mrd. Euro abgesetzt (plus 1,3 %). Der Abstand zu China wird aber größer. Die Branchenausfuhren ins drittplatzierte Frankreich stiegen um 3 % auf 9,4 Mrd. Euro.

Dagegen war das Exportgeschäft mit Großbritannien rückläufig. Hier lagen die Ausfuhren in den ersten neun Monaten des Jahres mit 7,6 Mrd. Euro um 1 % unter dem Vorjahr. Einen heftigen Einbruch gab es bei den Lieferungen in die Türkei, die um 11 % auf 2,1 Mrd. Euro zurückgingen. In beiden Fällen dürfte die Abwertung der jeweiligen Landeswährung eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Fachkräftemangel wird immer mehr zum Produktionshemmnis

Die Kapazitätsauslastung in der Branche liegt derzeit bei knapp 88 % der betriebsüblichen Vollauslastung und die Auftragsbestände reichen durchschnittlich für gut drei Produktionsmonate. Beide Kennzahlen sind höher als im jeweiligen langjährigen Mittel. Die Auftragsgänge lagen im Zeitraum von Januar bis September 2018 auf Vorjahresniveau, das allerdings auch von überproportional vielen Großaufträgen geprägt war. Während aus dem Inland 4 % weniger neue Bestellungen eingingen, orderten ausländische Kunden insgesamt 3 % mehr. Die Aufträge aus der Eurozone nahmen um 2 % zu und die aus Drittländern um 4 %.

Produktionshemmnisse sehen die deutschen Elektrounternehmen derzeit nach wie vor eher auf der Angebotsseite – insbesondere bei der Materialbeschaffung und bei der Gewinnung von Fachkräften. Ein Mangel an Aufträgen oder Finanzierungsengpässe spielen dagegen weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Trotzdem haben sich wichtige Stimmungsindikatoren in den letzten Monaten nach und nach eingetrübt. Die allgemeinen Geschäftserwartungen fielen im Oktober sogar erstmals seit vier Jahren wieder in den negativen Bereich.

5G und künstliche Intelligenz als Treiber des digitalen Wandels

Jenseits der konjunkturellen Entwicklung bieten neue Technologien die Chance, den Weg in das smarte industrielle Zeitalter erfolgreich zu gestalten. Grundvo-

oraussetzung hierfür sind schnelle und zuverlässige Netze. 5G, die neueste Generation mobiler Datenübertragung, ist in den vergangenen Monaten zum Inbegriff dessen geworden.

Die Elektroindustrie ist bei schnellen Netzen Zulieferer- und Anwenderindustrie zugleich: Die Technologien – vom Glasfaserkabel bis hin zur Antenne – kommen aus der Elektroindustrie und werden von Netzanbietern genutzt. Die Elektroindustrie, auf der anderen Seite, braucht – wie andere Wirtschaftszweige auch – ein von vorneherein leistungsstarkes und industriefähiges Netz. Mit 5G kann diese Anforderung erfüllt werden. Es geht um nicht weniger als darum, die industrielle Führungsrolle zu sichern. Ein Zögern beim Ausbau des 5G-Netzes wäre fatal. Denn Industrie 4.0, smarte Fabriken, Anwendungen im Internet der Dinge und Services und vieles mehr, das die Vernetzung von Geräten und Maschinen miteinander und mit dem Internet voraussetzt, sind Tempo-Themen. Die deutsche Industrie kann es sich nicht leisten, zu warten, sondern muss und will vielmehr die Chancen nutzen, die sich durch den Ausbau eigener, lokaler 5G-Netze ergeben.

In Deutschland gibt es kein Silicon Valley. Wir haben den Mittelstand überall im Land. Ein Sechstel aller Hidden Champions in Deutschland kommt aus der Elektroindustrie. Sehr viele der Unternehmen produzieren vor Ort in den Regionen – häufig in bis dato schlecht versorgten Gebieten. Das muss sich ändern. Nicht zuletzt deshalb planen zahlreiche Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen wie der Automobilindustrie, der chemischen Industrie, der Elektroindustrie und dem Maschinenbau den Aufbau eigener 5G-Netze auf ihren Werksgeländen. Diese privaten Netze ergänzen den Ausbau der Mobilfunkbetreiber und garantieren die notwendige Versorgungsdichte mit 5G. Sie werden zu mehr Innovationen und neuen Geschäftsmodellen führen. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt.

Zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle wird vor allem auch eine weitere Technologie beitragen, die – ähnlich wie 5G – in den vergangenen Monaten die Medien beherrschte: künstliche Intelligenz (KI). Durch den digitalen Wandel werden in der Wirtschaft Plattformen und datenzentrierte Geschäftsmodelle immer wichtiger. Ein wesentlicher Treiber ist KI.

Mit der KI-Strategie der Bundesregierung hat auch die Politik gezeigt, dass sie sich der Trag- und Reichweite dieser Technologie bewusst ist. Jetzt kommt es auf die konkrete Umsetzung an. Dabei ist es elementar, die technologischen Entwicklungen und sich verändernden

regulatorischen Rahmenbedingungen nicht separat zu betrachten, sondern das Ökosystem der Daten- und Plattformökonomie im Gesamtbild zu sehen. Dazu gehören Cybersicherheit, Wettbewerbsrecht und 5G als das zentrale Nervensystem der flexiblen Fabrik der Zukunft. Die wichtigste Voraussetzung für KI-Anwendungen sind Daten. Ihre Verfügbarkeit und Qualität, ihr Schutz und ihre Sicherheit müssen immer zusammen gedacht werden. Im Wettbewerb mit den USA und China kann „KI made in Europe“ ein Qualitäts- und Wertversprechen sein, dass Wertschöpfung und Innovation mit der Einhaltung von Grundwerten und Grundrechten im gesamten Prozess – von der Entwicklung bis zur Anwendung von KI – verbindet. Die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) kann wegweisend im internationalen Wettbewerb sein und ist zugleich ein wichtiger Schritt, um den digitalen Binnenmarkt zu verwirklichen.

Zahlreiche Risiken belasten den Ausblick für die deutsche Elektroindustrie

Zurück zur Konjunktur: Während sich die Wachstumsdynamik zum Jahresende 2018 hin moderater präsentiert hat, werden die globalen Risiken größer. Dazu zählen beispielsweise die zahlreichen ungelösten Handelskonflikte oder auch die fragile Lage der Türkei und anderer Schwellenländer. In der letzten Konjunktur-Umfrage des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) hatten 94 % der Unternehmen gemeldet, dass sie als Folge der Handelsstreitigkeiten inzwischen Beeinträchtigungen ihres globalen Geschäfts wahrnehmen. Zwei Drittel wollen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt an ihrem Türkei-Engagement festhalten. Ebenfalls zwei Drittel fürchten ein Überschwappen der Krise auf andere Schwellenländer.

Für zusätzliche Unsicherheit sorgen das nachlassende Wachstum in China, volatile Ölpreise, die Schuldenprobleme Italiens oder der bevorstehende Brexit. Nicht zuletzt sind die globalen Staatsschulden heute höher als vor der Finanzkrise und die Geldpolitik ist noch immer nicht zur Normalität zurückgekehrt. Sollte der gegenwärtige Aufschwung, der nun schon ins zehnte Jahr geht, enden, darf bezweifelt werden, ob Geld- und Fiskalpolitik überhaupt noch Mittel und Werkzeuge hätten, um den nächsten Abschwung abfedern zu können.

Alles in allem blickt die deutsche Elektroindustrie aber erneut vorsichtig optimistisch in das neue Jahr. Das drückt sich auch in den Umsatzerwartungen der jüngst vom ZVEI befragten Branchenunternehmen aus. Danach rechnen so gut wie alle Firmen auch für 2019 mit einem weiteren Anstieg ihrer Erlöse.

Ralph Wiechers

Maschinen- und Anlagenbau: trotz alledem!

Das Jahr 2018 war für den Maschinenbau nach einer ungewöhnlich langen Seitwärtsbewegung das zweite Wachstumsjahr in Folge. In den ersten zehn Monaten übertraf die Produktion das Vorjahresniveau preisbereinigt um 3,7 %. Insgesamt erwartet der Verband 5 % Wachstum – ein für den Maschinenbau in einer zyklischen Aufwärtsbewegung nicht ungewöhnlich hohes, aber dennoch ehrgeiziges Ziel. Nicht etwa, weil sich die Geschäftserwartungen der Maschinenbauer und damit auch der Volkswirte des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) im Jahresverlauf eingetrübt hätten. Es hängt schlicht vom Umfang und Tempo ab, in dem ausstehende Aufträge noch 2018 durch die Fertigung geschleust werden konnten. Immerhin klagte über die Hälfte der Maschinenbauer im Oktober 2018 über fortgesetzte Produktionsbehinderungen. Gravierende Auswirkungen auf die Lieferfähigkeit haben vor allem der Mangel an Arbeitskräften und Material, also Engpässe bei der Versorgung mit Vorprodukten. Das hat, so paradox es klingen mag, auch sein Gutes: So kann der Maschinenbau in einem zunehmend widrigen Umfeld den Schwung halten und ins Jahr 2019 tragen.

Beschäftigung: hoher Fachkräftebedarf trotz zahlreicher Neueinstellungen

Die Maschinenbaubranche festigte 2018 wieder einmal ihre Stellung als größter industrieller Arbeitgeber Deutschlands. Mit dem Stand September wurden, bezogen auf den Vorjahresmonat, rund 35 000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Dieser Zuwachs von 3,4 % passt recht gut zum Produktionswachstum – oder besser: umgekehrt! Denn die Verfügbarkeit von Arbeitskräften ist der limitierende Faktor. Der Beschäftigungszuwachs hätte also noch höher ausfallen können, wenn genügend Arbeitskräfte vorhanden wären. Dabei ist der hohe Einstellungsdruck nicht nur Folge eines zyklisch bedingten Zusatzbedarfs. Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wächst stetig. Insbesondere solche mit zusätzlichen digitalen Kompetenzen sind gefragt. Industrie 4.0 wird im Maschinenbau Schritt für Schritt zur Realität. Zusätzlich fördert das arbeitsintensive Dienstleistungsangebot die Suche nach Mitarbeitern.

Maschinenexporte: weltweiter Zuwachs trotz Handelsstreitigkeiten

Der Anstoß für die wachsende Nachfrage nach Investitionsgütern „Made in Germany“ kam in diesem Zyklus – wie so oft – aus dem Ausland. Folglich bewegen sich

die deutschen Exporte nun schon geraume Zeit auf recht hohem Niveau. Mit einem Zuwachs von nominal 5,8 % in den ersten zehn Monaten des Jahres 2018 zeigen die deutschen Maschinenausfuhren weiterhin ein solides Wachstum. Das fußt zudem auf einer regional breiten Basis. Aktuell kommen die stärksten Impulse aus Übersee, insbesondere aus China, aber auch aus Brasilien, Indien und Australien. Hier sind zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen. Die Lieferungen in die USA stehen dem – hoch einstellig – kaum nach.

Die EU-Länder weisen eine vergleichsweise niedrigere Dynamik auf, wachsen aber immerhin mit mittleren einstelligen Raten. Dabei zeigt sich auf den ersten Blick Widersprüchliches: Die deutschen Maschinenlieferungen nach Großbritannien bewegen sich trotz Brexit-Verunsicherung aber dank einiger Sondereffekte immer noch im Plus, und Italien zählt infolge großzügiger Abschreibungserleichterungen zu den Wachstumsstärksten der zwanzig wichtigsten Maschinenbaukunden. Die Konflikte zwischen China und den USA scheinen sich bislang noch nicht auf die deutschen Maschinenausfuhren auszuwirken. In den USA dürften nicht-chinesische, also auch deutsche Anbieter von der durch die Steuersenkung 2017 zusätzlich befeuerten Investitionsnachfrage stärker profitieren als ihre, von flächendeckend höheren Zöllen betroffenen, chinesischen Wettbewerber. In China selbst konnten sich deutsche Hersteller bisher wohl aufgrund ihres individuellen, hochwertigen und deshalb gefragten Angebots der bereits um sich greifenden Kaufzurückhaltung entziehen.

Auftragseingang: Maschinenbestellungen trotz Unsicherheiten

Nachdem im vergangenen Jahr die Auslandsorders klar das Tempo vorgaben, sind nun die Inlandskunden die Treiber. Mit einem Plus von 9 % in den ersten zehn Monaten des Jahres 2018 sind die Inlandsorders maßgeblich an dem Gesamtzuwachs von 7 % beteiligt. Die Auslandsorders steuern 5 % bei, und das nach einem kräftigen, 10 %igen Zuwachs im Vorjahr. Fortgesetzt zunehmende Bestellungen sowie ein hoher Auslastungsgrad der Fertigung ließen die Auftragsbestände im Maschinenbau bis Mitte des Jahres steigen. Seitdem bewegen sie sich auf hohem Niveau.

Aktuell zeichnet sich eine Abflachung der Auftragseingangskurven ab, und das aus mehreren Gründen: Zum

einen sollte die Zeit großzügiger, mit einem Knappheitsaufschlag versehener Bestellungen bei Lieferanten von Maschinenteilen und -komponenten vorbei sein. Die Aufträge sind nun langfristig platziert, hier läuft es auf eine Normalisierung der Bestelltätigkeit hinaus. Zum anderen bewegt sich die Maschinenbaubranche schon auf einem recht hohen Niveau, und es gibt deutliche Zeichen für eine weniger dynamisch wachsenden Weltkonjunktur, die letztlich den Takt fürs weltweite Investieren vorgibt. Wichtige, für die Maschinennachfrage recht verlässliche Frühindikatoren sind bereits seit Jahresanfang 2018 rückläufig. Pessimismus macht sich zurzeit insbesondere in Italien und der Türkei bemerkbar, der Einkaufsmanagerindex (PMI) im Verarbeitenden Gewerbe liegt in beiden Ländern unter dem Schwellenwert. Insgesamt notiert der PMI zwar weiterhin im expansiven Bereich, doch eine Erholung zeichnet sich nicht ab, weitere Rückgänge scheinen wahrscheinlich. Aufgrund der engen Korrelation zwischen dem PMI und dem Wachstum der weltweiten industriellen Produktion dürfte es in den Fertigungshallen schon bald etwas ruhiger zugehen.

Das muss nicht mit einem Rückgang der Investitionen einhergehen. Hier gibt es strukturelle Bedarfe – weniger im Sinne langfristiger Kapazitätserweiterungen, vor denen mancher angesichts getrübler Aussichten zurückscheut, sondern eher mit dem Ziel, die Produktionsprozesse zu optimieren. Hiervon kann und wird der Maschinenbau als Partner seiner industriellen Kunden und als Anwender moderner Fertigungsverfahren profitieren. Denn er selbst ist im Wettbewerb mit stürmisch nachdrängenden, agilen Konkurrenten regelmäßig gefordert, sich mit innovativen Produkten zu bewähren und sich durch verbesserte eigene Leistungsprozesse positiv abzusetzen.

Wirtschaftspolitik: Produktivitätsschwäche trotz oder wegen Digitalisierung

Angesichts dieses Anspruchs sowie der Tatsache stetig wachsender Beschäftigung, Exporte und Gewinne erstaunt die Nachricht, die Produktivität des deutschen Maschinenbaus habe in der Zeitspanne nach der Finanzkrise 2008/2009 abgenommen. Die Produktivitätssteigerung ist schließlich nicht nur für die Lohnfindung von Bedeutung. Sie ist vor allem ein wichtiger Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Maschinenbauer und eine Maßzahl für alle Maßnahmen, diese nachhaltig zu stärken.

Für eine detaillierte Analyse wurde deshalb durch die IMPULS-Stiftung des VDMA an das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) ein gemeinsamer Forschungsauftrag vergeben. In der Studie

„Produktivitätsparadoxon im Maschinenbau“¹ werteten beide Institute Unternehmensdaten und Interviews aus und untersuchten insgesamt sieben Ansätze zur Erklärung des Produktivitätsverlusts. Drei der Erklärungsansätze konnten dabei nicht bestätigt werden: Investitionszurückhaltung, Beschäftigung von aktuell nicht benötigten Fachkräften zur Vorsorge einer Fachkräfteknappheit und hohe Produktdifferenzierung. Es verblieben vier Ansätze, die das Paradoxon erklären und aus denen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können:

- Innerhalb der Wirtschaftsstatistik ist zum einen die Messung der Preise im Maschinenbau schwierig, da sich die Produkte im Maschinenbau ständig ändern, verbessern und kundenspezifisch angepasst werden. Das schlägt auf die Produktivitätsmessung durch, denn dieser Indikator basiert auf preisbereinigten Werten. Folglich empfehlen die Gutachter eine einheitliche Messung der Preisentwicklung im Maschinenbau anhand der Kostenstrukturerhebung.
- Zum anderen kommt es durch die fortschreitende Internationalisierung im Maschinenbau zu statistischen Verzerrungen. Die in den Auslandstöchtern der deutschen Maschinenbauunternehmen erwirtschafteten Umsätze und Gewinne fließen rechnerisch durchaus korrekt nicht in die Produktivitätsberechnung am deutschen Standort ein. Die Aufwendungen beispielsweise für Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Marketing, Verwaltung, die überwiegend am deutschen Standort entstehen, werden den Tochtergesellschaften dagegen oft nicht einmal anteilig zugerechnet, obwohl sie letztlich den Gesamterfolg des Unternehmensverbundes determinieren. Eine korrekte Verrechnung könnte Abhilfe schaffen, ist aber recht anspruchsvoll und in der Vielzahl der Fälle kaum realisierbar.
- An die Adresse der Maschinenbauer selbst geht die Empfehlung, sich systematisch mit dem Thema Messung und auch Steigerung der Produktivität (speziell von Dienstleistungen) zu befassen. Denn der steigende Dienstleistungsanteil im Maschinenbau erschließt einerseits neue Potenziale, weist andererseits aber ein signifikant niedriges Produktivitätsniveau auf.
- Die größte Resonanz fand der Nachweis, dass der digitale Wandel in der Produktion des Maschinenbaus bislang keine größeren Produktivitätsgewinne auf breiter Front liefert. Viele Maschinenbauer befinden sich noch in der Investitionsphase und können daher zurzeit nur

¹ C. Rammer, A. Jäger, B. Krieger, C. Lerch, G. Licht, B. Peters, A. Spielkamp: Produktivitätsparadoxon im Maschinenbau, IMPULS-Stiftung, Mannheim und Karlsruhe 2018.

geringe Erträge aus der Digitalisierung schöpfen. Neue Geschäftsmodelle, durch die sich die strategisch notwendigen Investitionen amortisieren können, sind erst in der Entstehung. Die bereits im vergangenen Jahr an dieser Stelle aufgestellte Forderung an die Politik, für die Industrie die nötige Infrastruktur aufzubauen und ihnen einen geeigneten Zugang zu ermöglichen, ist und bleibt auch nach der Formulierung der endgültigen Vergabebedingungen und Auktionsregeln für die 5G-Frequenzauktion durch die Bundesnetzagentur gültig.

Ausblick 2019 für den Maschinen- und Anlagenbau: Zuversicht – trotz alledem!

Verunsichert ist der Maschinenbau ins Jahr 2018 gestartet. Mit Unsicherheiten startet das Jahr 2019. So mancher Unsicherheitsfaktor – Türkei, Iran, der US-chinesische Handelsstreit – ist bereits Realität. Manche Probleme – siehe Brexit – bleiben weiter trotz aller Anstrengungen ungelöst. Neue Probleme – in einigen Schwellenländern, in Italien, vielleicht auch bald in Frankreich – leben wieder auf, weil sie bisher nur notdürftig und unwillig angegangen wurden. Die VDMA-Prognose für 2019, ein Produktionswachstum im deutschen Maschinenbau von preisbe-

reinigt 2 %, kann diese Unsicherheiten nicht annähernd abbilden. Auf der Habenseite stehen hohe Auftragsbestände, die Produktion und Umsatz noch geraume Zeit stützen. Zudem werden Inlands- und Auslandsgeschäft noch eine Weile zu einem moderaten Wachstum beisteuern, auch wenn das erreichte Niveau oft schon hoch ist und die wirtschaftliche Dynamik nachlässt.

Der Zyklus lebt, und damit umzugehen ist der Maschinenbau gewohnt. Auch hat er lernen müssen, mit unberechenbaren, politischen Märkten klar zu kommen, solange daraus kein Flächenbrand entsteht. Doch Konjunktur und Wachstum werden in immer stärkerem Maße von der Politik beeinflusst und vor allem gestört. Klar ist: Die grundlegenden Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, werden durch nationale Egoismen und durch partikulares Handeln nicht kleiner, sondern größer. Hier gilt es, beherzt gegenzuhalten. Auf die Fähigkeit der Maschinenbauer, Herausforderungen anzunehmen und mit Hilfe innovativer Produkte und Produktionsverfahren effizient und ressourcenschonend lösen zu helfen, ist Verlass. Mehr noch: Diese Fähigkeit ist für die Branche eine „sichere Bank“, gerade dann, wenn es enger zu werden droht. Deshalb: Trotz alledem!

Stefan Genth

Einzelhandel: Konsum bleibt Wachstumsstütze

In den vergangenen Monaten haben sich die Konjunkturerwartungen für Deutschland merklich eingetrübt. Die Konjunkturprognosen aller Institute und Organisationen für das laufende wie auch für die nächsten Jahre wurden nach unten korrigiert. So war es wenig überraschend, dass das Statistische Bundesamt für das dritte Quartal 2018 den ersten Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dreieinhalb Jahren meldete. Da diese Nachricht nicht überraschend kam, löste sie keine Irritationen aus, auch weil er nicht durch einen Einbruch des Wachstumspfad bedingt war, sondern in erster Linie durch einen branchenspezifischen Einmaleffekt (Abgaszertifizierung). Dies führte zu markanten Produktionsrückgängen im Automobilsektor. Der Rückgang der Autokäufe ist einer der Gründe, sicherlich aber nicht der einzige dafür, dass der private Konsum im dritten Quartal um 0,2 % unter dem Vorquartal lag. Die vorlaufenden Ergebnisse des Konsumbarometers des Handelsverbandes Deutschland (HDE) hatten bereits eine leichte Eintrübung der Konsumstimmung erwarten lassen,

in Kombination mit dem „Auto-Effekt“ hat das zu einem schlechten Quartal für den privaten Konsum geführt.

Insgesamt ist das negative Wachstum des dritten Quartals 2018 nicht als Vorbote einer aufziehenden Rezession zu betrachten. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft dürfte in der nächsten Zeit anhalten, wird allerdings an Dynamik verlieren. Der Höhepunkt des im Sommer 2009 einsetzenden Wachstumszyklus liegt aller Voraussicht nach hinter uns, Wachstumsraten jenseits der 2 % wird es auf absehbare Zeit wohl nicht mehr geben. So senkte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Prognose für 2018 deutlich: auf 1,6 %, und für 2019 wird ein Wachstum von 1,5 % erwartet. Damit ist der Sachverständigenrat ein Stück weit skeptischer als die etablierten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, die ihre Prognosen bereits vor dem Erscheinen des Jahresgutachtens 2018/19 des Sachverständigenrates zurückgenommen hatten.

Ob die deutsche Wirtschaft im letzten Quartal noch einmal an Fahrt zugelegt hat, ist derzeit noch ungewiss. Die Frühindikatoren deuten nicht darauf hin, dass es noch einmal zu einem allzu starken Schlussquartal gekommen ist. Der ifo-Geschäftsklimaindex, der bereits im Oktober 2018 recht deutlich gefallen war, setzte diese Entwicklung im November fort. Auch die gesamtwirtschaftliche Leistung der Eurozone erhielt einen Wachstumsdämpfer: Nachdem die europäische Statistikbehörde für die ersten beiden Quartale jeweils einen Zuwachs von 0,4 % zum Vorjahr meldete, waren es im dritten Quartal gerade noch 0,2 %. Wichtigste Ursache des abgeschwächten Wachstums war die schwache Entwicklung der deutschen Wirtschaft, deren Anteil an der Bruttowertschöpfung der Eurozone bei fast 30 % liegt. Unklar bleibt im Moment der Einfluss externer Effekte auf die weitere Konjunktorentwicklung Deutschlands und Europas. Der wirtschaftliche Konflikt zwischen der EU und den USA scheint zwar – zumindest vorübergehend – entschärft. Dafür rücken aber die Unsicherheiten und Verwerfungen des Brexit näher.

Konsum treibt Wachstum

Ein wichtiger Treiber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleibt der private Konsum. Wesentlicher Faktor ist hier die gute Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes. Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes zur aktuellen Lage am deutschen Arbeitsmarkt, die Ende November veröffentlicht wurden, zeigen, dass diese Lage weiterhin mehr als gut ist. Im November waren insgesamt 2,186 Mio. Personen in Deutschland arbeitslos. Dies stellt einen Rückgang im Vergleich zum Vormonat um 18 000 Arbeitslose dar. Und verglichen mit dem November 2017 hat sich die Arbeitslosenzahl sogar um 182 000 Personen verringert. Daraus resultiert eine Arbeitslosenquote von 4,8 % (-0,1 Prozentpunkte).

Korrespondierend mit dem anhaltenden Rückgang der Arbeitslosenzahl ist die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Deutschland weiter angestiegen. Im Oktober wies sie eine Größenordnung von 45,1 Mio. Erwerbstätigen auf. Verglichen mit dem Oktober des Vorjahres stieg sie um 556 000 Personen (+1,2 %). Dazu passend ist die Zahl der offenen Stellen, die zuletzt eine Rekordhöhe erreichte. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden im dritten Quartal 1,24 Mio. unbesetzter Stellen gemeldet. Das sind rund 140 000 mehr als im gleichen Zeitraum 2017.

Die Stimmung der Verbraucher hat sich nach den Ergebnissen des monatlichen HDE-Konsumbarometers zuletzt etwas eingetrübt. Eine rückläufige Anschaffungsneigung und schwächere Konjunktur- und Einkommenserwar-

tungen haben dazu beigetragen. Grund ist weniger eine Verschlechterung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation, als vielmehr eine diffuse politische Stimmung. Es wundert nicht, dass bei der geplanten Einkommensverwendung der Verbraucher das Sparmotiv wichtiger wird. Deutliche Auswirkungen der getrübtten Stimmung erwarten wir jedoch aktuell nicht.

Lage im Einzelhandel

Die Geschäftslage im Einzelhandel verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht und weist nach wie vor einen leicht positiven Saldo aus. Die Umsätze der Branche stiegen im ersten Halbjahr 2018 nominal um kräftige 2,9 %. Preisbereinigt lag das Plus bei 1,4 %. Die Gesamterlöse lagen in der ersten Jahreshälfte bei 253 Mrd. Euro.

In freizeitaffinen Branchen wie Sport, Camping, Fahrräder lief es überdurchschnittlich gut. Daneben kamen Impulse aus dem Einzelhandel mit Lebensmitteln, Kosmetik und Körperpflege. Der Innenstadthandel hingegen geriet weiter unter Druck. Hier lag der Anteil der Unternehmen, deren Geschäftslage sich im ersten Halbjahr verschlechterte, mit 49 % besonders hoch. Wesentlicher Faktor sind hier anhaltende Frequenzrückgänge, die auf hohe Besucherzahlen ausgerichtete Geschäftskonzepte massiv treffen. Der Einzelhandel kann seine Erlöse 2018 moderat erhöhen. Das Umsatzplus dürfte nach HDE-Prognose bei nominal 2,3 % liegen. Der Einzelhandelsumsatz 2018 wird danach 525,0 Mrd. Euro betragen. Preisbereinigt wird das Umsatzplus 0,9 % betragen. Die stationären Umsätze steigen um nominal 1,5 %, die Online-Umsätze um 9,6 %.

Der Einzelhandel ist nach Industrie und Handwerk die beschäftigungsstärkste Branche in Deutschland. Die Zahl der Beschäftigten wird 2018 stabil über der 3-Millionengrenze liegen. Knapp 80 % der Unternehmen rechnen laut HDE-Umfrage für das zweite Halbjahr 2018 mit einer konstanten Zahl von Mitarbeitern, jeweils 10 % mit einem Aufbau bzw. Abbau der Beschäftigung.

Der Onlinehandel wird 2018 um 10 % auf 53,6 Mrd. Euro wachsen. Fast die Hälfte dieser Umsätze wird heute über Amazon.de und Amazon.de-Marketplace erzielt. Zu diesem starken Geschäft tragen auch die Marktplatzangebote der Händler mit „stationärer DNA“ bei. Für diesen Multichannel-Handel haben die Marktplätze neben dem eigenen Online-Shop eine herausragende Bedeutung. Der Internetvertrieb wird für diese Unternehmen immer wichtiger. Immerhin knapp ein Fünftel erzielen Online-Anteile am Gesamtumsatz von über 10 %. Fast zwei Drittel der Unternehmen rechnen mit steigenden Online-Erlösen im laufenden Jahr.

Verbesserte Rahmenbedingungen gefragt

Auf den ersten Blick kann sich der Handel in Deutschland nicht beklagen. Der Konjunkturtrend zeigt robust nach oben. Mäßig steigende Preise und hohe Lohnabschlüsse haben dafür gesorgt, dass die Verbraucher mehr Geld in der Tasche haben. Die Konsumstimmung in Deutschland ist gut. Doch das Wachstumspotenzial für die Branche bleibt angesichts steigender Kosten etwa für Versicherungen und Strom gering. Gleichzeitig wird der Beitrag des Handels zum gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland zunehmend verkannt. Der Handel sorgt dafür, dass breite Einkommensschichten Zugang zu bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Produkten haben. Diese Vielfalt verdanken wir einem harten, aber gut funktionierenden Wettbewerb, der dafür sorgt, dass die Verbraucherpreise nur moderat steigen.

Allerdings nehmen die Hemmnisse für den Handel durch Bürokratie und Regulierung zu. Im internationalen Vergleich zeigt sich zudem: Die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland könnten besser sein. Dabei sind angesichts von Steuereinnahmen in Rekordhöhe Spielräume für steuerliche Entlastungen der Unternehmen und Bürger vorhanden. Gefragt ist ein einfaches und systematisches Steuerrecht. Dazu gehört, dass betrieblich bedingte Kosten in voller Höhe steuerlich anerkannt werden. Das gilt vor allem für die Gewerbesteuer. Die Hinzurechnung von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer trifft vor allem Einzelhändler in teuren Innenstadtlagen.

Inzwischen nutzen immer mehr Staaten verstärkt das Steuerrecht, um ihren Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung zu bieten. Hier drohen Deutschland aufgrund seines komplexen Steuerrechts dauerhafte Standortnachteile. Es ist daher erforderlich, die Gewerbesteuer durch eine Integration in die Einkommensbesteuerung abzulösen. Zumindest muss sichergestellt werden, dass bei der Gewerbesteuer keine Kosten besteuert werden und die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer verbessert wird. Außerdem muss das Umsatzsteuerrecht vereinfacht werden. Die Verrechnung von Verlusten muss systematisiert werden und die Besteuerung rechtsformneutral erfolgen. Insbesondere für kleinere Unternehmen müssen die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten gelockert werden.

Schließlich sollten die Verbraucher weiter entlastet werden, erst Recht angesichts von Steuereinnahmen, die schneller steigen, als die Wirtschaftsleistung. Dabei sollten in erster Linie kleinere und mittlere Einkommen entlastet werden: durch eine Begradigung und Anpassung des Steuertarifs, aber auch durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Ferner sollten Geringverdiener, die von Steuerentlastungen nicht profitieren, bei den Sozialabgaben entlastet werden. Eine Option ist die Einführung von Freibeträgen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung. Aber auch die überfällige Anhebung der Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ist eine Möglichkeit.

Klaus Wiener

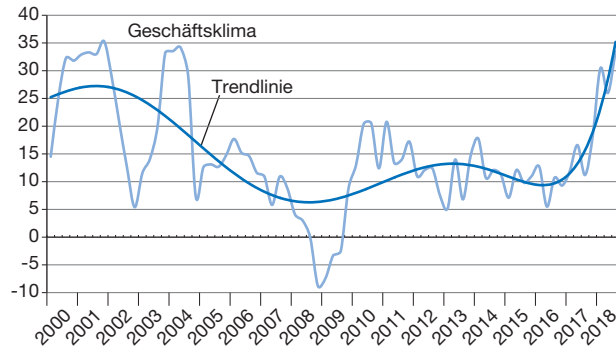
Versicherer passen sich zunehmend an schwieriges Umfeld an

Das Jahr 2018 war erneut geprägt von vielen politischen Belastungen, die auch 2019 – einem Jahr wichtiger Weichenstellungen – die Entwicklung entscheidend prägen dürften. Gleichwohl hat sich die Versicherungswirtschaft gemessen an den Beitragseinnahmen gut entwickelt. Für das laufende Jahr rechnen wir mit anhaltend schwierigen externen Bedingungen, wobei insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die schärfere Regulierung weiterhin als Belastungen zu Buche schlagen sollten. Die geopolitischen Risiken können sich in einem Abwärtstrend niederschlagen. Allerdings passen sich die Versicherungsunternehmen zunehmend an die externen Bedingungen an. Insofern

sind wir weiter optimistisch für die Branche, wenn auch etwas verhaltener als noch im Jahr 2018.

Trotz der sehr schwierigen externen Bedingungen hat sich die Stimmung in der deutschen Versicherungswirtschaft in den vergangenen Quartalen deutlich aufgehellt. Dieses Bild zeichnet der vom ifo Institut im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) erhobene Geschäftsklimaindex Versicherungswirtschaft. Das Stimmungsbarometer für die deutsche Versicherungswirtschaft verzeichnete zuletzt zum vierten Mal in Folge einen Wert, der über dem langjährigen Durchschnitt liegt. Damit

Abbildung 1
Geschäftsklima¹ in der Versicherungswirtschaft



¹ Saldo der Angaben zur aktuellen Geschäftslage, saisonbereinigt.

Quelle: Ifo Institut.

konnte die langgestreckte Phase einer spürbaren Stimmungsverschlechterung erfreulich deutlich überwunden werden (vgl. Abbildung 1).

Parallel zu den Ergebnissen der ifo-Umfrage haben sich die Brutto-Beitragseinnahmen der Erstversicherungsunternehmen verbessert. Diese lagen 2017 um 1,9 % über dem Vorjahreswert. Für 2018 (endgültige Zahlen liegen noch nicht vor) ist mit einem Beitragswachstum zu rechnen, das noch einmal spürbar höher bei gut 2,5 % liegen dürfte. Damit entwickelte sich das Versicherungsgeschäft deutlich besser als in den Jahren 2015 und 2016, als das Beitragswachstum fast stagnierte.

Versicherer passen sich zunehmend an das externe Umfeld an

Die markante Verbesserung – so erfreulich sie ist – kommt etwas überraschend, denn nach wie vor ist das externe Umfeld von zahlreichen Herausforderungen geprägt. So belasten die anhaltend niedrigen Zinsen und die verschärfte Regulierung das Versicherungsgeschäft weiterhin spürbar. Gab es etwa zu Beginn des Jahres 2018 Anzeichen für eine zumindest ansatzweise Zinsnormalisierung, fielen Zinssteigerungstendenzen im Verlauf des Jahres nahezu vollständig in sich zusammen. So ist die Rendite der richtungsweisenden zehnjährigen Bundesanleihe nach einem Zwischenhoch von knapp 0,8 % bis zum Jahresende wieder auf Werte um 0,2 % gefallen – und in den kürzeren Laufzeiten sind nach wie vor Negativzinsen zu beobachten. Hier spiegelt sich der extrem vorsichtige Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB). Geldpolitisch befindet sich die Europäische Zentralbank nach wie vor im Krisenmodus – eine Positionierung, die derzeit kaum noch angezeigt ist. Lediglich die massiven Anleihekäufe wurden zum Jahresende 2018 beendet. Die Null- bzw. Negativzinspolitik

wurde ebenso beibehalten wie die Politik, Tilgungsbeiträge aus auslaufenden Wertpapieren weiter am Kapitalmarkt zu investieren. Damit bleibt die EZB-Bilanz extrem aufgebläht und der damit verbundene verzerrende Einfluss der Geldpolitik auf die Bondmärkte voraussichtlich noch für Jahre erhalten.

Was die Regulierung angeht, so ist eine weit überwiegende Mehrheit unserer Mitgliedsunternehmen der Auffassung, dass das Prinzip der Proportionalität nur unzureichend in der Aufsichtspraxis angewendet wird. Und mit dem Solvency II Review im Jahr 2020 drohen weitere Verschlechterungen, indem die regulatorischen Vorgaben noch stärker an das aktuelle, extrem unterirrassene Zinsniveau angepasst werden.

Erfreulicherweise deutet aber vieles darauf hin, dass die Versicherer sich zunehmend an die herausfordernden Rahmenbedingungen anpassen, etwa durch eine Weiterentwicklung der Produktpalette oder durch eine verstärkte Nutzung der Möglichkeiten, die die Digitalisierung mit sich bringt. Zudem profitiert die Versicherungsbranche auch von der bislang sehr guten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Steigende Beschäftigung und Löhne haben die finanzielle Situation der privaten Haushalte in der ganz überwiegenden Mehrheit spürbar verbessert.

Wesentliche Treiber der Entwicklung

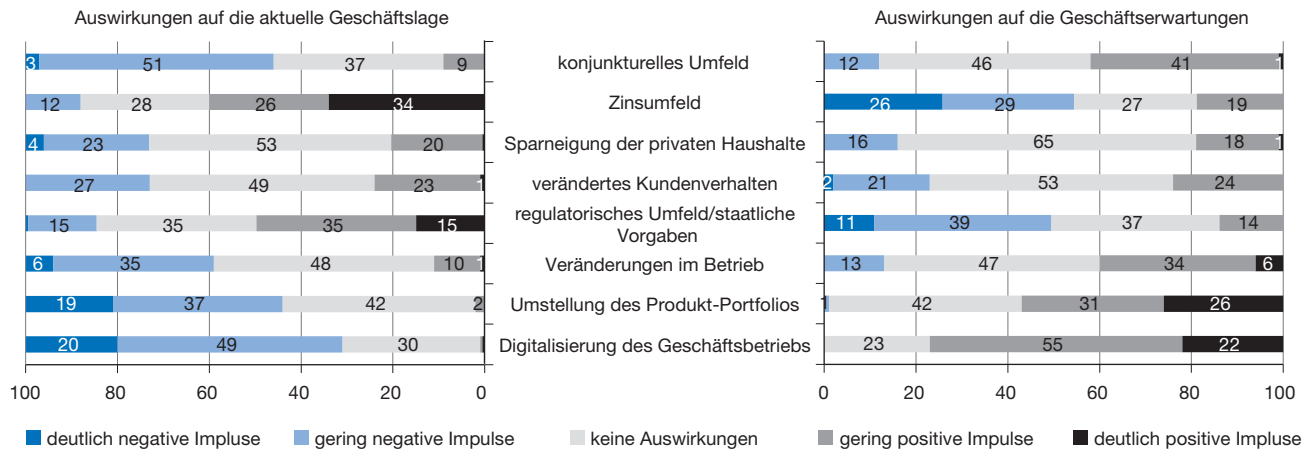
Was sind vor diesem Hintergrund die wesentlichen Treiber für das verbesserte Versicherungsgeschäft? Eine Sonderumfrage, die im Herbst 2018 im Rahmen des ifo Konjunkturtests durchgeführt wurde und gut zwei Drittel der verdienten Brutto-Beitragseinnahmen des Gesamtmarktes repräsentiert, widmet sich dieser Frage. Sie zielt darauf ab, die Hintergründe für die jüngste Verbesserung des Geschäftsklimas in der Versicherungswirtschaft zu ermitteln. Die Unternehmen konnten in der Umfrage den Einfluss bestimmter Faktoren mit Hilfe einer fünfteiligen Antwortskala zwischen „deutlich positive Impulse“ und „deutliche negative Impulse“ bewerten. Im Fokus stehen Einflussfaktoren, die zum Teil einen makroökonomischen Bezug haben, aber auch wichtige Trends in den Versicherungsmärkten aufgreifen (vgl. Abbildung 2).

Wenig überraschend belastet im Urteil der Versicherungsmanager das extreme Niedrigzinsumfeld, an dem sich im Verlauf des Jahres 2018 kaum etwas geändert hat, das Versicherungsgeschäft spürbar. Eine breite Mehrheit der Unternehmen geht daher von einem weiterhin stark dämpfenden Einfluss durch die aktuelle Zinssituation auf die Geschäftslage und die Geschäftserwartungen aus. Im Zuge der umfassenden Regulierungsreformen der letzten Jahre (unter anderem Solvency II, Insurance Distribution Directive,

Abbildung 2

Wesentliche Determinanten des Versicherungsgeschäfts

in %



Quellen: Ifo Institut, GDV.

Datenschutz-Grundverordnung, ...) mussten sich die Versicherer zudem stark an einen neuen Regulierungsrahmen anpassen. Die Sonderumfrage offenbart, dass das regulatorische Umfeld für rund die Hälfte der befragten Unternehmen negative Auswirkungen auf die aktuelle Geschäftslage und die Geschäftserwartungen hat. Gemessen daran, dass effiziente Regulierung lediglich den Rahmen für die Geschäftstätigkeit festlegen soll, ist dies ein sehr hoher Wert.

Gesamtwirtschaftliche Lage positiv

Dass sich das konjunkturelle Umfeld positiv auf die aktuelle Geschäftslage ausgewirkt hat, davon geht mehr als die Hälfte der Unternehmen aus. Allerdings haben sich in den letzten Wochen und Monaten die Anzeichen verdichtet, dass der bereits sehr langgestreckte Aufschwung an Dynamik verlieren wird. Daher geht ein etwas geringerer Anteil der Unternehmen in den kommenden sechs Monaten von einem weiteren konjunkturellen Rückenwind aus. Allerdings hat nur eine Minderheit der Umfrage-Teilnehmer ihre Erwartungen derart herabgestuft, dass sie bereits negative Impulse durch das wirtschaftliche Umfeld erwarten.

Im aktuellen konjunkturellen Umfeld hat sich auch die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte spürbar verbessert. Am aktuellen Rand ist daher eine leichte Erhöhung der Sparquote erkennbar,¹ die sich vor allem

positiv auf das Geschäft in der Lebensversicherung auswirkt. Entsprechend gehen die Lebensversicherer in der Umfrage überwiegend davon aus, dass die derzeitige Entwicklung der Sparneigung der privaten Haushalte ein positives Signal für die aktuelle Geschäftslage und Geschäftserwartungen ist; eine Entwicklung, die sich angesichts steigender Tarifröhne auch 2019 fortsetzen dürfte.

Erfolgreiche Anpassungen in den Unternehmen stärken Geschäftsentwicklung

Sehr erfreulich ist, dass ein Gros der Versicherer die fortschreitende Digitalisierung des Geschäftsbetriebs positiv bewertet. Dies war nicht zwingend zu erwarten, denn viele Marktbeobachter und Analysten betonten bei der Digitalisierung vor allem die Konkurrenzsituation, die sich für etablierte Versicherer durch neue Unternehmen und Anbieter ergeben könnte. Diese Einschätzung wird von den meisten Versicherungsmanagern in der vorliegenden Umfrage allerdings nicht geteilt. Im Gegenteil, dank neuer technologischer Möglichkeiten können die etablierten Versicherer zum einen neue Geschäftsfelder erschließen und zum anderen bestehende Prozesse kostengünstiger und schneller gestalten. Die Chancen der Digitalisierung werden also für deutlich wichtiger gehalten als die damit verbundenen Risiken. Auch die optimistischen Einschätzungen hinsichtlich der Umstellungen im Produktportfolio haben zur guten Stimmung in der Branche beigetragen. Das trifft insbesondere in der Lebensversicherung zu, in der sich der zunehmende Übergang auf Produkte mit neuen Garantiemodellen positiv auf das Neugeschäft auswirkt.

¹ Der leichte Anstieg der Sparquote darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die extrem niedrigen Zinsen die Sparneigung der Haushalte massiv belasten. Hierauf weisen einschlägige Befragungen hin. In einem konjunkturellen Umfeld aktueller Prägung wäre bei „normalen“ Zinsniveaus damit zu rechnen, dass die Sparquote deutlich stärker steigt.

Neue Wettbewerber, Anbieterlandschaft wird vielfältiger

Das Versicherungsgeschäft ist im Grunde sehr langfristig angelegt. Daher stellt sich neben dem Ausblick auf 2019 die Frage nach den längerfristigen Perspektiven. Ohne Frage haben Digitalisierung, Niedrigzinsumfeld, Regulierungsreformen, neue Risiken und demografischer Wandel den Wettbewerb und die Innovationsdynamik am Versicherungsmarkt schon in den letzten Jahren stark beschleunigt. Dies dürfte auch perspektivisch nicht anders sein. Neue Wettbewerber treten in den Markt ein, Marktpositionen verändern sich. Vor diesem Hintergrund hat der GDV in einer Studie untersucht, wie sich die Anbieterlandschaft am deutschen Versicherungsmarkt in den nächsten Jahren entwickeln könnte.²

Die Versicherer sind derzeit mit tiefgreifenden Veränderungen in Kundenverhalten und -erwartungen, im Wettbewerb und bei ihren Produkten konfrontiert. Neue Produkte wie Cyberversicherungen oder situative Kurzzeitversicherungen „on demand“ eröffnen neue Wachstumsräume. Digitale Schnittstellen machen neuartige Kooperationen zwischen den Anbietern und eine stärkere Aufteilung der Wertschöpfungskette möglich. Internetportale gewinnen auch für den Versicherungsbereich zunehmend an Bedeutung.

Gleichzeitig bleibt aber vieles, was prägend für Anbieterstruktur und Wettbewerb auf dem Versicherungsmarkt ist, im Grundcharakter auch weiterhin unverändert. Dies gilt etwa für den Bedarf einer dauerhaften Absicherung existenzieller Risiken, die hohe Bedeutung der Beratung bei vielen Versicherungsentscheidungen und die versicherungstechnischen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen des Versicherungsgeschäfts. Im eigentlichen Versicherungsgeschäft gibt es auch weiterhin kaum Netzwerkeffekte. Die strengen regulatorischen Vorgaben und die hohen Anforderungen an die Erlangung einer Versiche-

rungslizenz gelten für digitale Geschäftsmodelle und „InsurTechs“ gleichermaßen wie für traditionelle Versicherer.

Diese Parallelität von Wandel und Beständigkeit zeigt sich auch in der Marktentwicklung. Trotz vielfältiger Veränderungen bei Wettbewerb und Marktpositionen ist die Marktkonzentration – gemessen am Prämienanteil, der auf die Top 5, 10 und 15 Versicherungsgruppen entfällt – in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben.

Dabei wird die Versichererlandschaft immer vielfältiger. Mittlerweile haben erste InsurTech-Startups eine Versichererlizenz erlangt und bereichern den Markt um neue Ansätze und Geschäftsmodelle. Die traditionellen Versicherer gehen bei ihren strategischen Anpassungen an die neuen Gegebenheiten ganz unterschiedliche Wege. Mögliche Wettbewerbsvorteile sind in vielen Bereichen erzielbar, von der Effizienz des Geschäftsbetriebs über innovative Produktgestaltungen oder eine hohe Serviceorientierung bis hin zu neuartigen Partnerschaften. Während viele der größeren Versicherer am Markt weiterhin als „Generalisten“ ein „Allround“-Angebot für breite Bevölkerungsschichten anstreben, konzentrieren sich andere Versicherer stärker als bisher auf bestimmte Marktsegmente. Unternehmenskooperationen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dies betrifft zum einen die Kooperation zwischen Versicherern, z.B. zur Ergänzung der eigenen Produktpalette. Zum anderen bilden sich zahlreiche Kooperationen der Versicherer mit unterschiedlichsten Partnern auf allen Stufen der Wertschöpfungskette heraus. Diese reichen vom Outsourcing an IT-Dienstleister über Vertriebs- und Schadenregulierungs-Partnerschaften bis hin zur Teilnahme an digitalen Ökosystemen.

Die vielfältigen strategischen Möglichkeiten und die gewachsenen Kooperationspotenziale lassen erwarten, dass auch zukünftig Versicherer aller Größenklassen erfolgreich am Markt agieren werden und die Kunden von einer breiten Auswahl an Anbietern und einem vielfältigen Angebot profitieren können.

² Vgl. A. Theis, K. Wiener: Anbieterlandschaft am Versicherungsmarkt: Ein Ausblick, GDV Themen und Analysen, Nr. 8, 2018.

Title: *Economic Expectations for the German Economy in 2019*

Abstract: *The German economy is in one of the longest upswings of the post-war period. The German Council of Economic Experts forecast GDP growth of 1.6% in 2018 and 1.5% for 2019. All economic sectors have benefited from the strong economy. The automotive industry, however, has had problems. It is facing far-reaching changes and is severely affected by both Brexit and US trade policy. Various sectors of the economy want lower taxes, investment in digital infrastructure and higher spending on research and development from the federal government.*

JEL Classification: E32, L60